



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement (EJPD)  
Bundeshaus West  
3003 Bern

**Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen für die Herstellung der Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen in den Bereichen Grenze, Migration und Polizei (Verordnungen [EU] 2019/817 und [EU] 2019/818) (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Oktober 2019 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen für die Herstellung der Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen in den Bereichen Grenze, Migration und Polizei (Verordnungen [EU] 2019/817 und [EU] 2019/818) Stellung zu nehmen.

Bei der Vorlage handelt es sich um eine Übernahme einer Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Diese Übernahme und die Umsetzung der Rechtsgrundlagen für die Herstellung der Interoperabilität zwischen der EU und den involvierten Behörden (Grenze, Migration und Polizei) ist daher aus Sicht des Regierungsrats zu begrüßen. Die Identifizierung und Suche einer Person erfolgt heute über verschiedene Systeme/Kanäle. Eine entsprechende Zusammenlegung bzw. koordinierte sowie gezielte und effiziente Abfrage über ein europäisches Suchportal ist ebenfalls zu begrüßen und dient schliesslich der Bekämpfung der irregulären Migration. Die damit gewonnenen Synergieeffekte werden einen Beitrag für mehr Sicherheit im Schengen-Raum leisten.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 20. Dezember 2019



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Roger Nager

Roman Balli